WP-01-K3-100

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Dennis Forster (KV Regensburg-Stadt)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 100 bis 104:
Wir intensivieren die Beschäftigung mit Antisemitismus, der ideologischen Grundlage des präzedenzlosen Menschheitsverbrechens der Shoah. Wir unterstützen weiter die Überarbeitung von Lehrmaterial und Curricula, damit die Lebenswirklichkeit jüdischer Menschen in Geschichte und Gegenwart angemessen widergegeben wird. Wir intensivieren auch die Beschäftigung mit dem Antiziganismus und dem aus ihm resultierenden historischen Unrecht, das die Betroffenen erfahren haben. Dabei nehmen wir explizit auch das fortgesetzte Unrecht nach 1945 in den Blick. Die ~~Verbrechen der deutschen Geschichte gegenüber~~im Nationalsozialismus verfolgten, ermordeten oder sterilisierten Menschen mit Behinderung ~~werden wir weiter aufarbeiten und die~~ sollen offiziell als NS-Opfer anerkannt und sie bzw. ihre Angehörigen angemessen ~~entschädigen~~entschädigt werden. "Nie wieder" darf keine Phrase sein, sondern muss heißen: Verantwortung zu tragen für die Bekämpfung von Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Sozialdarwinismus.

Begründung

- siehe im Antrag weiter oben: hier bekommt das Menschheitsverbrechen der Shoah einen würdigen Ort in diesem Abschnitt und ist auch mit der Nennung der konkreten Ideologie und der Bekämpfung derselben verknüpft.

- Die Auseinandersetzung mit der Shoah, mit Antisemitismus und jüdischem Leben darf nicht in der Geschichte beginnen und enden. Zu häufig kapriziert sich die Vermittlung zu den Themen aber vor allem darauf. Fast niemand kennt die vielfältigen heutigen Lebenswirklichkeiten von Jüdinnen*Juden, und ihre Selbstbehauptung gegen Antisemitismus - sowohl hier als auch in Israel und anderen Teilen der Welt. Dieser Mangel an Kenntnis und Kontakt führt zu Entfremdung, Stereotypisierung, Othering und letztlich wieder zu Antisemitismus. Unser Wahlprogramm muss deutlich vermitteln, dass wir hier weiter sind und Ansprüche an den Diskurs dazu haben, hinter die wir nicht zurückfallen wollen.

- Wir wollen konkret nennen, was die Nationalsozialist*innen Menschen mit Behinderung angetan haben, und was darauf folgen soll. Die bereits zuvor von uns im Bundestag gestellte Forderung, die Opfergruppe anzuerkennen, greifen wir auf.

- siehe Antrag weiter oben: hier wird das „Nie wieder!“ kritisch aufgegriffen und mit Inhalt gefüllt.

weitere Antragsteller*innen

Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt); Elisabeth Doblinger (KV Regensburg-Stadt); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Jonas Graeber (KV Berlin-Kreisfrei); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lisa Krüger (KV Würzburg-Stadt); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt);

Grischa Zeller (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Bernd Meffert (KV Rheingau-Taunus); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Burkard Wiesmann (KV Regensburg-Stadt); Regina Hammerl (KV Regensburg-Land); Theresa Eberlein (KV Regensburg-Stadt); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Malte Gerlach (KV Kassel-Stadt); Petra Lippegaus (KV Paderborn); Lisa Wittmann (KV Regensburg-Stadt); Johannes Menze (KV Paderborn); Armin Schäfer (KV Berlin-Kreisfrei); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.